

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

**Abonnementspreis** für einen Monat einschließlich Bringerlohn 8.— Mk., bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk., für einen Monat 6.— Mk. — Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4598. — **Postcheckkonto Nr. 53477**

**Redaktion:** Leipzig, Tauchaer Str. 19/21  
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig  
Telephon 13893. — **Verlag in Leipzig,**  
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 4598

**Inseratenpreise:** Die 7 gespaltene Kolonelle oder deren Raum 1.90 Mk., bei Platzvorkauf 2.30 Mk.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 1.70 Mk. Reklame-Kolonelle 7.50 Mk. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721  
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die nächste Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

## Die Wirkungen der amerikanischen Antwort.

### Die Kabinettskrise akut.

Berlin, 4. Mai. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die Berliner Morgenpresse beginnt zuzugeben, daß die mehrfach von uns gemeldete latente Kabinettskrise nunmehr akut geworden ist. Wie unser Berliner Korrespondent meldet, ist die Situation im Kabinett zur Zeit folgende: Der Außenminister Simon ist der Ansicht, daß er nicht gewillt ist, neue Vorschläge den Ministern zu unterbreiten. Er hält seine Politik mit der Ablehnung durch Amerika für erledigt und wünscht, seinen Posten zu verlassen. Dieser einfachen und klaren Lösung widersetzt sich aber der Reichskanzler Fehrenbach, der offenbar den Plan hat, das Weiterbestehen des Kabinetts in voller Untätigkeit so lange hinzuziehen, bis auch das Ultimatum aus London hier eingetroffen ist, um dann erst eine endgültige Entscheidung über die Haltung des Kabinetts in außenpolitischen Dingen herbeizuführen. Man will also versuchen, die kurze Zeit, die die Regierung zwischen der amerikanischen Antwort und dem Eintreffen des Ultimatus zur Abgabe neuer Vorschläge noch hat, ungenützt verstreichen zu lassen, und verbreitet deshalb in der Öffentlichkeit das Gerücht, daß das Ultimatum aus London gestern oder heute hier eintreffen wird.

Wie wir erfahren, wird diese Taktik der Regierung heute im Auswärtigen Ausschuss bereits Gegenstand heftigster Kritik werden. In Kreisen der Deutschen Volkspartei wächst die Unzufriedenheit mit dem jetzigen Kabinett immer mehr. Der Tag veröffentlicht heute aus gutunterrichteten parlamentarischen Kreisen Mitteilungen, die das bekräftigen, was wir bereits vor etwa acht Tagen über die Lage im Reichskabinett gesagt haben. Es heißt da: Der Rücktritt des Kabinetts, das in seiner Gesamtheit den Schritt des Außenministers gutgeheißen hat, wird unter allen Umständen von den Parteien gefordert werden. Natürlich sind die Koalitionsparteien auch weiterhin fest entschlossen, die Regierung zu bilden. Man bezweckt lediglich einen Personenausschuss im Reichskabinett und wünscht vor allem, daß Reichskanzler Fehrenbach ausscheidet. Zwar hat er noch im Zentrum einige Anhänger, ein Teil des Zentrums, der Volkspartei und der Demokraten werden sich aber keineswegs damit einverstanden erklären, daß er noch weiter im Amt bleibt. Es ist damit zu rechnen, daß, wenn ein Kabinettswechsel eintritt, das Zentrum auch den Reichskanzler stellt (lies Botschafter Dr. Mayer). Ferner soll selbstverständlich ein neuer Außenminister in das Kabinett eintreten. In parlamentarischen Kreisen ist es ein offenes Geheimnis, daß innerhalb der Volkspartei der Wunsch besteht, einen Parlamentarier zu präferieren, dem man die nötige Energie zutraut, die jetzt mehr denn je nötig ist zur Leitung der Reichs- und auswärtigen Politik (lies Stresemann). Innerhalb der Koalitionsparteien wird Gewicht darauf gelegt, daß auch das Reichswirtschafts- und das Reichsfinanzministerium neu besetzt wird.

Interessant ist der Zusatz in den Ausführungen der parlamentarischen Stelle des Tages: „Obwohl nach den parlamentarischen Gepflogenheiten ein Rücktritt des Kabinetts das Gegebene wäre, scheint der Kanzler gewillt, nicht die Konsequenzen zu ziehen. In der gestrigen Kabinettsitzung hat er diesen seinen Standpunkt geltend gemacht. Es kam darüber zu einer eingehenden Aussprache, aber er erfolgte keine endgültige Entscheidung.“

### Der Wortlaut der amerikanischen Note.

Berlin, 3. Mai. Der amerikanische Geschäftsträger Herr Drechsel überreichte heute mittag um 12 Uhr dem Minister des Auswärtigen die amerikanische Antwort. Sie hat folgenden Wortlaut:

„Die Regierung der Vereinigten Staaten hat das Memorandum betreffend die Reparationen erhalten, das Dr. Simons dem Kommissar der Vereinigten Staaten am 21. April übergeben hat. Zur Antwort erklärt die amerikanische Regierung, daß sie sich außerstande findet, zu dem Schluß zu gelangen, daß diese Vorschläge eine für die alliierten Regierungen annehmbare Grundlage der Erörterung bilden. Indem die amerikanische Regierung daher wiederholt ihren ersten Wunsch nach einer raschen Regelung dieser Lebensfrage ausdrückt, legt sie der deutschen Regierung dringend nahe, sofort den alliierten Regierungen unmittelbar klare, bestimmte, zweckentsprechende Vorschläge zu machen, die in ihrer Beziehung ihren angemessenen (just) Verpflichtungen gerecht werden.“

Heute nachmittag um 3 Uhr tritt das Kabinett zusammen im Laufe des morgigen Nachmittags der Auswärtige Ausschuss des Reichstags. Eine Mitteilung über das Ergebnis der Londoner Konferenz wird im Laufe des Tages erwartet.

### Amerika gegen die Sanktionen.

Paris, 2. Mai. Wie Sauerwein dem Matin aus London mitteilt, teilten die Botschafter Frankreichs und Englands in Washington mit, daß die Vereinigten Staaten sehr klar die Ansicht ausgesprochen haben, es wäre besser, nicht zu militärischen Maßnahmen gegen Deutschland zu greifen. Eine vollständige französische Persönlichkeit erklärte Sauerwein, Amerika wünsche, daß nichts geschehe, was nicht wieder gutgemacht werden könne,

nämlich die Verbündeten unter sich zu trennen, daß aber auch nichts unternommen werde, was Deutschland verhindern könne, lokal seine Verpflichtungen zu erfüllen.

London, 3. Mai. Einer Exchange-Meldung aus Washington zufolge wird dort bestätigt, daß der Staatssekretär der französischen Botschafter Jussierand mitgeteilt habe, die Vereinigten Staaten widerlegten sich Maßnahmen, die zur Vernichtung Deutschlands führen würden.

### Zurückziehung der amerikanischen Besetzungstruppen?

London, 2. Mai. Einer Reuterschen Meldung des Manchester Guardian zufolge berichtet New York Evening Post, daß das erste endgültige Ergebnis der Herstellung des Friedenszustands zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland die Zurückziehung der amerikanischen Truppen vom Rhein sein werde.

### Ein Reinfall des Münchener Staatsanwalts.

München, 4. Mai. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Vor einiger Zeit wurde München im Verlag unseres Parteiblattes Der Kampf eine künstlerische, in Vierfarbendruck ausgeführte Postkarte Der Holzgärt durch den Staatsanwalt beschlagnahmt. Es wurde ein Verfahren wegen Aufforderung zum Hochverrat (1) gegen den Verlag der Karten eingeleitet. Das Verfahren mußte eingestellt werden, da ein hinreichender Beweis für ein Verbrechen fehlte. Dagegen beantragte nun der Staatsanwalt die Einziehung der Postkarte, weil der Textbestand der Aufforderung zum Hochverrat nach Artikel 3a des Gesetzes über die Einziehung von Volksgerichten vorliege. In der gestrigen Verhandlung legte der Verteidiger eingehend dar, daß der Artikel 3a des Volksgerichtsgesetzes ungesetzmäßig sei, weil er den Begriff des Hochverrats erweitert. Dies widerspreche der Tatsache, daß der Begriff des Hochverrats durch das Reichsgericht erschöpfend geregelt und deshalb durch die Landesgesetzgebung nicht geändert werden dürfe. Wenn dem Antrag des Staatsanwalts stattgegeben werden würde, so werde das Reichsgericht in der Revision Gelegenheit haben, die Rechtsgültigkeit dieses Artikels auf Grund dessen alle Verurteilungen wegen Hochverrats bei den Volksgerichten ergangen seien, nachzuprüfen. Der Staatsanwalt ließ in seiner Rede dann den Artikel 3a des Volksgerichtsgesetzes fallen, vermutlich, weil er die Revision durch das Reichsgericht fürchtete, wodurch die Rechtsgültigkeit sämtlicher, durch das Volksgericht gefällter Klassenurteile in Frage gestellt worden wäre. Er bezog sich auf den § 130 des Strafgesetzbuchs, der die Aufrechterhaltung zum Klassenhaft mit Strafe bedroht. Das Gericht entschied dann schließlich, daß, da von Aufforderung zum Hochverrat keine Rede sein könne und auch der § 130 nicht anwendbar sei. Die eingezogene Karte wurde wieder freigegeben. Die Kosten des Verfahrens hat die Staatskasse zu tragen.

### Vom englischen Bergarbeiterstreik.

#### Neue Verhandlungsversuche.

London, 4. Mai. (II.) Die Arbeiterpartei und die parlamentarische Fraktion der Arbeiterpartei unternahm Versuche, um über den toten Punkt im Bergarbeiterstreik hinwegzukommen. Hodges, der Sekretär des Bergarbeiterbundes wurde aufgefordert, Mittwochabend den gemeinsamen Verhandlungen im Unterhause beizuwohnen. Der angegebene Zweck dieser Verhandlungen ist die Unterbrechung, auf welche Weise den Bergarbeiterfrauen und Kindern am besten geholfen werden kann; aber diese Gelegenheit soll aufgegriffen werden, um die Mittel, die zu einer Besprechung führen können, ausfindig zu machen. Die Arbeiterpartei hofft noch, daß die Bergarbeiter über die eventuelle Annahme des Regierungsangebots eine Abstimmung abhalten werden.

### Reise Lenins nach London?

Riga, 3. Mai. (II.) Aus Moskau wird gemeldet, daß Tischiterin Krassin beauftragt habe, in London Schritte zu unternehmen, um festzustellen, ob dort der eventuelle Besuch Lenins angenehm sein würde. Lenin habe die Absicht, nach London zu reisen, um dort in offiziellen Kreisen Propaganda zu machen für seinen politisch-wirtschaftlichen Plan zum Wiederaufbau Russlands. Krassin zufolge sollen dabei das britische Kapital und die britische Industrie eine große Rolle spielen.

### Heimtransport der Angehörigen der russischen Roten Armee.

Der Abtransport der in Deutschland internierten Rotarmisten hat jetzt, nach Ratifikation des polnisch-russischen Friedens, begonnen. Die Berliner Sowjetmission erklärt in der Berliner bolschewistischen Zeitung Nowyj Mir, sie hoffe, den Abtransport in acht Wochen beendet zu können. Die Transporte können auf Grund der getroffenen Abmachungen nicht nur zur See, sondern auch auf dem Landwege nach Sowjetrußland geleistet werden.

## Napoleon I. und der Bonapartismus

(Zum 5. Mai 1921.)

Von D. Jensen.

Die bürgerliche Gesellschaft mag sonst Verdienste haben so viel sie will, aber eine gastliche Heimat für das Genie ist sie nie gewesen. Sie kann es auch nicht sein, denn gerade darin besteht das innerste Wesen des Genies, den schöpferischen Drang einer ursprünglichen Menschheit ins Spiel zu setzen gegen das überlieferte Herkommen und an den Schranken zu rütteln, innerhalb deren die Klassengesellschaft nur bestehen kann. . . . Es sei denn, daß sich das Genie so oder so mit der Klassengesellschaft abfindet. Wenn es sich in den Dienst der bürgerlichen Gesellschaft stellt, um die feudale Gesellschaft zu stürzen, so gewann es scheinbar eine unermeßliche Macht; doch zerrann diese Macht in dem Augenblick, wo es sich selbstherrlich gebärden wollte. Immerhin durfte es auf dem Felsen von St. Helena enden.

Franz Mehring.

Mit diesen Worten hat Franz Mehring in seiner Margbiographie das Schicksal Napoleons I. gezeichnet, der vor hundert Jahren auf dem fernen Felsenland im Atlantischen Ozean die Augen schloß. Unre Zeit der Weltkriege, durchstößt von Kriegen und Revolutionen hat wieder Verständnis für den Rhythmus jener Epoche, die man als das Zeitalter der großen französischen Revolution bezeichnet. Es ergeben sich zahlreiche geschichtliche Parallelen, ähnelnde Ähnlichkeiten und tiefere Zusammenhänge, die aber nur in ihrer sozialen und politischen Bedeutung erkannt werden können, wenn man die Methode des historischen Materialismus auf die Lage der großen Revolution und auf unsere Zeit des Weltkrieges und der russischen Revolution anwendet. Dann ergeben sich so tiefgreifende Unterschiede zwischen beiden Epochen, daß wir erkennen, daß die jetzige Revolutionsperiode weder mit der Herrschaft eines Napoleon noch mit einer heiligen Allianz enden kann.

Napoleon Bonaparte war der Erbe der großen Revolution, deren Errungenschaften für das Bürgertum und die Bauernschaft durch ihn gesichert wurden. Er war aber auch der Feind der Revolution, soweit ihre republikanische und demokratischen Einrichtungen und ihre Ideologie ins Spiel kamen. Verfolgen wir seine Laufbahn:

Als junger Offizier tritt er auf in einer Zeit, als schon die Revolution sich in absteigender Linie bewegte. Die Schreckensherrschaft, die Diktatur des Kleinbürgertums, war zusammengebrochen. Der neue Reichthum, die Revolutionsbourgeoisie herrschte. Napoleon schloß das Direktorium, die Regierung dieser Epoche, und führte als Regierender General die Kriegspolitik fort gegen das feudale Europa und das frühindustrielle England. Er konnte, gestützt auf die Bauernschaft, zum Angriff übergehen, da die früheren Kriege die feindlichen Einfälle abgeschlagen und die gegenrevolutionären Bauernaufstände der Vendée niedergeworfen hatten. Napoleons Heere trugen die französischen Adler durch ganz Europa und halfen die Macht des kaiserlichen Absolutismus stürzen oder lockern. Vergessen wir heute nicht, daß es Napoleon war, der das moskische Ultimatum 1806 vernichtete und so die preussische Junfer und die unfähigen Hohenzollern zwang, mit Hängen und Würzen einige Reformen durchzuführen, die Leibeigenschaft teilweise aufzuheben und auf preussische Art die Revolution zu kopieren. Napoleon führte seine Mission aus im Interesse der französischen Bourgeoisie und des französischen Bauerntums. Damals war der Krieg trotz seiner verheerenden Wirkungen für einzelne Klassen ebenso ein gutes Geschäft wie heutzutage. Damals hatte Frankreich als das fortschrittlichste und revolutionärste Land des Kontinents den Gewinn aus den Kriegszügen seiner Heere. Trotzdem bleibt es wahr, daß Napoleon auch seine Angriffskriege zur Verteidigung Frankreichs führte. Die feudale Gegenrevolution, innerlich gespalten und moralisch bankrott, konnte das bürgerliche Frankreich nicht ertragen und plante ständig neue Ueberfälle.

Dazu kommt die große ökonomische Bedeutung der Arme, die durch die Ausplünderung und Brandschatzung der europäischen Staaten Frankreichs wirtschaftliche Entwicklung förderte und die politische Bedeutung des Heeres steigerte. Treffend beschreibt Kautsky diese Zusammenhänge:

Der Faktor, der all das zustande brachte, das Defizit im Staatshaushalt beseitigte und den Bauern ihren Grund und Boden schützte, ihre Söhne bereicherte und förderte, den Finanzrenten, Kaufleuten und industriellen Unternehmen reiche Profite brachte, der die Arbeitslosigkeit überwand: das war die Arme. . . . Ein heldischer Feldherr wurde angehts dieser Bedeutung der Arme von vornherein ein herotragerender politischer Faktor im Staatsleben Frankreichs. Seine Macht mußte aber eine übermächtige werden, sobald es ihm gelang, sich der Staatsverwaltung zu bemächtigen. Das hielt nicht schwer. Ein großer Teil der Bourgeoisie war im Verlauf der Revolution der parlamentarischen Kämpfe müde geworden und lehnte sich nach Ruhe, nach

\* K. Kautsky: Die Klassengegenstände im Zeitalter der französischen Revolution, (Kleine Bibliothek N. 2. Dieckmann).